

11 Argumente für Berlin

UVB-Position zur Abgeordnetenhauswahl 2011



Inhalt

Vorwort: Wirtschaftsstandort Berlin nachhaltig sichern	3
1. Berlin braucht attraktive Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen	4
2. Industrie stärken für mehr Wachstum und Arbeitsplätze	5
3. Verkehrsinfrastruktur für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ausbauen	6
4. Chancen am Arbeitsmarkt nutzen – Fachkräftebedarf sichern	7
5. Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten	8
6. Berufliche Bildung kontinuierlich und entschlossen stärken	9
7. Hochwertiges Bildungsangebot der Berliner Schulen sicherstellen	10
8. In Forschung und Innovation investieren sowie Wissenstransfer aus der Forschung weiter verbessern	11
9. Neuverschuldung reduzieren, Haushalt konsolidieren, Investitionen sichern	12
10. Für Rekommunalisierung ist kein finanzpolitischer Spielraum vorhanden	13
11. Berlin und Brandenburg müssen weiter zusammenrücken	14

Wirtschaftsstandort Berlin nachhaltig sichern

■ Die großen Herausforderungen Berlins, solide Finanzen, soziale Integration und der Abbau der Arbeitslosigkeit, lassen sich nur mit wirtschaftlicher Prosperität lösen. Dafür braucht Berlin attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen und zukunftsfähige Strukturen, die für den Erfolg eines Standortes entscheidend sind. Im internationalen Wettbewerb braucht die Stadt eine leistungsfähige Infrastruktur ebenso wie ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Fachkräften, eine exzellente Wissenschaftslandschaft, hochwertige Bildungsangebote und eine investitionsfreundliche Verwaltung. Die UVB hat in den vergangenen Jahren durch viele Initiativen maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Standortbedingungen verbessern – etwa im Steuerungskreis Industriepolitik, durch die inhaltliche und finanzielle Beteiligung an der Berliner Agentur Elektromobilität eMO oder durch intensive Anstrengungen bei der Fachkräftesicherung, zum Beispiel durch enge Kooperationen mit Schulen und Hochschulen. Die deutsche Hauptstadt und europäische Metropolregion Berlin muss als Wirtschaftsstandort weiter gestärkt werden. Die wichtigsten Voraussetzungen dafür hat die UVB anlässlich der kommenden Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 nachstehend in elf Argumenten für Berlin zusammengefasst.

Berlin, im Mai 2011



Christian Amsinck
Der Hauptgeschäftsführer



1. Berlin braucht attraktive Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen



■ Attraktive Rahmenbedingungen und Investitionen in Zukunftsbranchen sind entscheidend für mehr Arbeitsplätze in Berlin. Um die Arbeitslosenquote auf das Bundesniveau zu senken, braucht Berlin 100.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Deshalb müssen die Wachstumsbranchen weiter gestärkt werden. Dazu gehört neben der Mobilität mit der Verkehrssystemtechnik, der Energietechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie die Gesundheitswirtschaft. Hinsichtlich der Wertschöpfung hat die Gesundheitswirtschaft ein großes Potential, was insbesondere für den innovativen Kernbereich gilt, zu dem die Bereiche Pharma, Medizintechnik und Biotechnologie zählen. Im Dienstleistungsbereich sorgen außerdem die Jobmotoren Flughafen BBI und der Tourismus für einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen. Die Zahl der Übernachtungen hat sich in weniger als 20 Jahren nahezu verdreifacht. Berlin verfügt mit diesen Kompetenzfeldern über eine gute Basis für zukünftiges Wachstum. Das Handwerk hat in den vergangenen Jahren ebenfalls überproportional profitiert von Wirtschaftswachstum und Aufschwung.

2. Industrie stärken für mehr Wachstum und Arbeitsplätze

■ Die Berliner Industrie hat ihre Leistungsfähigkeit in den vergangenen Jahren erheblich verbessert. Produkte aus Berlin sind weltweit gefragt. Die Exportquote ist auf 48 Prozent gestiegen und liegt damit auf dem Bundesniveau. Hierzu hat die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft ebenso beigetragen wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik wie zum Beispiel im Steuerungskreis Industriepolitik, beim „Masterplan Industriestadt Berlin 2010–2020“ und im Rahmen der Standortkampagne „Ich bin ein Berliner“. Diese Initiativen müssen fortgeführt werden wie das von Senat, UVB und weiteren Partnern entwickelte „Aktionsprogramm Elektromobilität“. Hier ist das Ziel, Berlin zu einem Schaufenster für Elektromobilität auszubauen, Forschungsprojekte und Feldversuche zu stärken sowie die Komponentenfertigung in unserer Stadt anzusiedeln. Damit können das Wirtschaftswachstum in der Stadt angekurbelt und neue industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden. Notwendig sind eine investitionsfreundliche Verwaltung und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Investitionen erleichtern. Dazu gehört unter anderem die Schaffung von Flächen als Standort für Industrie, Forschung und Entwicklung wie auf dem Flughafen-gelände in Tegel.



3. Verkehrsinfrastruktur für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ausbauen



■ Für wirtschaftliches Wachstum ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur eine notwendige Voraussetzung, denn Wirtschaft braucht Wege. Wichtigstes Infrastrukturprojekt für die gesamte Region ist der Flughafen Berlin Brandenburg BBI, der gebaut wird, weil die Kapazitäten auf den bisherigen Flughäfen in der Region nicht ausreichen und Synergieeffekte an einem Standort ermöglicht werden sollen. Er muss planmäßig am 3. Juni 2012 in Betrieb gehen. Das größte Infrastrukturprojekt der Region ist außerdem Jobmotor mit 40.000 neuen Arbeitsplätzen. Damit die Gewerbegebiete im Ostteil besser angeschlossen werden und die Anbindung an den BBI verbessert wird, muss die Bundesautobahn A 100 verlängert werden und mit den Bauarbeiten nach dem Planfeststellungsbeschluss unverzüglich begonnen werden. Zu einer besseren Anbindung gehört auch der notwendige Ausbau der Tangentialverbindung Ost. Die Pflege und Sanierung des Straßennetzes ist eine staatliche Daueraufgabe und muss ebenfalls Priorität haben. Investitionsmittel müssen dafür ausreichend bereitgestellt werden.

4. Chancen am Arbeitsmarkt nutzen – Fachkräftebedarf sichern

■ Die weltweite Konjunkturerholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und eine gestiegene Attraktivität Berlins haben dazu beigetragen, dass die Berliner Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren über 114.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Doch angesichts des demographischen Wandels fehlen in Berlin zunehmend hochqualifizierte und vor allem technisch ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure sowie Bewerber für gewerblich-technische Ausbildungsberufe oder Studiengänge. Zur Abdeckung des Fachkräftebedarfs müssen die duale betriebliche Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gestärkt werden. Längere Erwerbszeiten und die Qualifizierung von Arbeitslosen sind ebenfalls notwendig wie die Zuwanderung durch qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland und die unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Der Career Service an den Berliner Hochschulen muss gezielt Absolventen der Berliner Hochschulen in die Berliner Industrie vermitteln.



5. Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten



■ Seit Jahresbeginn hat die Zahl der von Betrieben gemeldeten Stellen stark zugenommen. Die Zahl der Stellen, die vorläufig unbesetzt sind, steigt ebenfalls. Diesen Stellenangeboten stehen viele gut qualifizierte Arbeitssuchende gegenüber, insbesondere im „Hartz IV-Bereich“. So gehören ausgebildete Jungfacharbeiter aus Fördermaßnahmen, Hochschulabsolventen und Berufsrückkehrerinnen auch zu den sogenannten „Hartz IV-Arbeitslosen“ der Job Center. Die Betriebe müssen in den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente einbezogen und die betriebliche Personalentwicklung durch Beratungs- und Unterstützungsangebote flankiert werden. Im Rahmen einer Berliner Job-Offensive wollen deshalb die Berliner Arbeitsagenturen und Mitarbeiter des Arbeitgeberservice branchenorientiert mit Unterstützung der UVB auf Betriebe zugehen und auch „Arbeitsmarktgespräche“ durchführen. Das Ziel ist, die offenen Stellen zu besetzen und die Arbeitslosigkeit zu senken. In Berlin ist die Zahl der Erwerbslosen seit Januar 2005 um rund 90.000 zurückgegangen und die Arbeitslosenquote hat sich von 19,4 Prozent auf 13,9 Prozent verringert. Dennoch gehört Berlin bei der Arbeitslosigkeit zu den Schlusslichtern im Bundesgebiet.

6. Berufliche Bildung kontinuierlich und entschlossen stärken

■ Die Berliner Wirtschaft ist auf junge qualifizierte Nachwuchskräfte angewiesen. Neben der dualen Ausbildung im Dienstleistungsbereich müssen besonders die gewerblich-technischen Berufsausbildungen gestärkt werden. Diese sind Voraussetzung für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in der Berliner Industrie. Dabei benötigen besonders kleine und mittelständische Industrieunternehmen weiterhin Unterstützung besonders durch die Verbundausbildung. Innerhalb der Oberstufenzentren sind die Berufsschulen als Teil der dualen Ausbildung zur Erfüllung ihres Bildungsauftrages mit den nötigen finanziellen und sachlichen Mitteln auszustatten. Die unübersichtlichen und zahlreichen Übergangsmaßnahmen müssen neu ausgerichtet und effektiver werden. Damit das vorhandene Potential ausgeschöpft werden kann, müssen innerhalb des Berliner Bildungssystems die Möglichkeiten für Durchlässigkeit besser kommuniziert und Hindernisse beseitigt werden.



7. Hochwertiges Bildungsangebot der Berliner Schulen sicherstellen



■ Die Schulstrukturreform soll ein modernes, zweigliedriges System mit vielseitigen Schulkulturen schaffen. Die Umsetzung der Reform tritt aber erst jetzt in die entscheidende Phase. Sie muss sich daran messen lassen, dass der Anteil der Schüler ohne Schulabschluss (10 Prozent) deutlich reduziert wird. Oberstes Ziel der Schulpolitik muss es sein, für alle Schüler hochwertige Bildungsangebote ohne Unterrichtsausfall und auf hohem Niveau sicherzustellen. Jeder Schulabgänger sollte ausbildungsreif und studierfähig sein. Das ist ein wichtiger Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Schulen in sozialen Brennpunkten sind besonders intensiv zu unterstützen. Insbesondere das Duale Lernen mit enger Einbeziehung der Unternehmen und Hochschulen muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die Studierquote liegt in Berlin am Ende der bundesweiten Rangliste. Immer mehr Abiturienten weichen auf den Ausbildungsmarkt aus und verdrängen so Schulabgänger der Sekundarstufe 1. Damit verschärft sich, wie auch durch den doppelten Abiturjahrgang, die Situation für die Altbewerber nochmals. Zur Fachkräftesicherung muss ein besonderes Augenmerk auf die MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik gelegt werden.

8. In Forschung und Innovation investieren sowie Wissenstransfer aus der Forschung weiter verbessern

■ Zu den Stärken Berlins gehören eine umfassende Wissenschaftslandschaft und das Potential an jungen, gut ausgebildeten und kreativen Menschen. Zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen produzieren tagtäglich Wissen, das eine Grundlage für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist. Voraussetzung dafür ist die stärkere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Adlershof ist hierfür ein gutes Beispiel. Der größte Wissenschafts- und Technologiepark Deutschlands bringt Forscher, Unternehmer und Studierende auf einem Campus zusammen. Mit der TransferAllianz Berlin ist es gelungen, alle am Wissens- und Technologietransfer Beteiligten auf ein Ziel hin zu vereinen: Unternehmen sollen für Produkt- und Prozessinnovationen schneller und direkter auf die vielfältigen Wissenschaftsressourcen zugreifen können. Der Maßnahmenkatalog der TransferAllianz umfasst 18 Einzelprojekte, die nun systematisch bearbeitet werden müssen. Dabei entscheidet nicht nur der enge Kontakt zur Hochschule über den Erfolg beim Wissens- und Technologietransfer, sondern er trägt auch zur langfristigen Sicherung der regionalen Fachkräftebasis bei.



9. Neuverschuldung reduzieren, Haushalt konsolidieren, Investitionen sichern



■ Zu den größten Herausforderungen zählt, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes Berlin sicherzustellen. Die Hauptstadt hat Schulden in Höhe von 63,3 Mrd. Euro. Alleine in diesem Jahr muss das Land Zinsen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro aufbringen. Das sind 12 Prozent des jährlichen Gesamtetats. Die Investitionen dagegen betragen 1,6 Mrd. Euro und werden bis 2015 bei gleichbleibender Schuldenlast um über 200 Millionen Euro zurückgehen. Vor dem Hintergrund der Einführung der Schuldenbremse und des Auslaufens der Solidarpaktmittel ab 2020 muss der Haushalt in der kommenden Legislaturperiode konsolidiert werden. Das heißt, die Nettoneuverschuldung muss bereits zum Jahr 2016 auf Null zurückgeführt werden. Damit in Zukunft finanzielle Handlungsspielräume für wirtschaftliche Rahmenbedingungen erhalten bleiben, muss durch die Steigerung der Erwerbstätigkeit die Voraussetzung geschaffen werden, den weiteren Anstieg der Sozialtransfers zu begrenzen. Gebühren und Abgaben wie die Gewerbesteuer und City Tax dürfen dagegen nicht erhöht beziehungsweise eingeführt werden, da sie den Wirtschaftsstandort unattraktiv machen und damit Arbeitsplätze und Wachstum gefährden.

10. Für Rekommunalisierung ist kein finanzpolitischer Spielraum vorhanden

■ Die intensiv geführte Diskussion um eine effiziente und kostengünstige Energie- und Infrastrukturversorgung muss in Berlin insbesondere vor den haushaltspolitischen Zwängen des Landes gesehen werden. Der Rückkauf der teilprivatisierten Wasserbetriebe würde den Berliner Haushalt in erheblicher Weise belasten. Aufgrund der Refinanzierungserfordernisse würde gleichzeitig das Ziel des Rückkaufs, niedrigere Wasserpreise anzubieten, in weite Ferne rücken. Die UVB sieht deshalb weder im Bereich Wasser noch bei Energie oder Leitungsnetzen und im öffentlichen Personennahverkehr finanziellen Spielraum für Rekommunalisierungsvorhaben. Über die Erwerbsaufwendungen hinaus würden notwendige Investitionen für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau für Energie- und Infrastruktureinrichtungen den Landeshaushalt dauerhaft belasten und die finanzielle Konsolidierung erschweren.



11. Berlin und Brandenburg müssen weiter zusammenrücken



■ Berlin und Brandenburg bilden seit zwei Jahrzehnten eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion. Angesichts des demographischen Wandels und der engeren finanziellen Spielräume aufgrund der Reduzierung der Solidarpaktmittel und der Einführung der Schuldenbremse bedarf es weiterhin intensiver Kooperationsschritte, um Synergien zu nutzen und durch eine Politik für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bestehende administrative Hürden zu überwinden. Die Berliner und Brandenburger erleben die Region zunehmend als eine Einheit. Großräumige Kooperationen sind notwendig, um die Potentiale auszuschöpfen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Schul- und Hochschulpolitik sowie Gesundheitsversorgung. In den vergangenen Jahren sind bereits Fortschritte durch die Zusammenlegung von Landeseinrichtungen wie die der Statistikämter oder der Arbeitsgerichtsbarkeit erzielt worden. Für beide Bundesländer muss ein gemeinsamer Ausbildungsmarkt geschaffen werden, damit Ausbildungsplätze besser vermittelt und dadurch die Nachfrage und das Angebot länderübergreifend enger miteinander verbunden werden.

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.

Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V., kurz UVB, ist wirtschafts- und sozialpolitischer Spitzenverband der Region, dem rund 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Berlin und Brandenburg angehören. Neben den regionalen Verbänden von Industrie, Handel, Versicherungen und Dienstleistern sowie des Handwerks gehören der UVB auch bundesweit tätige Verbände an, die über keine regionale Gliederung verfügen, aber zur Vertretung ihrer hier ansässigen Mitgliedsunternehmen in der regionalen Spitzenorganisation mitwirken.

Impressum

11 Argumente für Berlin –
UVB-Position zur Abgeordnetenhauswahl 2011

30. Mai 2011

Bildnachweis

Titelbild links: © Berlin Partner/FTB-Werbefotografie

Titelbild rechts: © UVB/Haus der Wirtschaft – Berlin

Seite 4: © Fotolia/kids.4pictures

Seite 5: © Fotolia/st-fotograf

Seite 6: © Fotolia/S.Kobold

Seite 7: © Fotolia/Dragos Iliescu

Seite 8: © Fotolia/st-fotograf

Seite 9: © Fotolia/Jacek Chabraszewski

Seite 10: © Fotolia/fotofac

Seite 11: © Fotolia/Jacek Chabraszewski

Seite 12: © Fotolia/Miredi

Seite 13: © Fotolia/Birtita

Seite 14: © Fotolia/Dron

Verantwortlich: Christian Amsinck

Redaktion: Frank Hufnagel, Ronald Philipp

Gestaltung und Druck
KOMAG mbH, Berlin

Diese Broschüre wurde klimaneutral produziert.

ClimatePartner 
**klimaneutral
gedruckt**

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.

Zertifikatsnummer: 863-10361-0511-1023
www.climatepartner.com

**Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)**

Am Schillertheater 2

10625 Berlin

Telefon: (030) 310 05-0

Telefax: (030) 310 05-160

E-Mail: uvb@uvb-online.de

Internet: www.uvb-online.de